

# Wahlprogramm der DKP Bottrop zur Kommunalwahl 2014



# wählen



## Wie macht die DKP Politik?

Seit 1919 gibt es die Kommunistische Partei in unserer Stadt. Die DKP ist zurzeit mit drei Mandatsträgern im Rat der Stadt Bottrop vertreten: Michael Gerber, Irmgard Bobrzik und Ulrich Kunold kochen dort jedoch nicht ihr eigenes Süppchen. Sie setzen sich für die Interessen der Mitbürger ein, ebenso wie Günter Ziemmek in der Bezirksvertretung Süd und Manfred Plümpe in der Bezirksvertretung Mitte.

Kommunisten nennen die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der zunehmenden Armut der Menschen und auch der Städte und Gemeinden beim Namen: Das kapitalistische Profitsystem. Die Abwehr der kommunalen Auswirkungen in Bottrop und kleine Reformen sind möglich, wenn der Druck von Unten wächst. Die DKP allein kann im Rat der Stadt die Verhältnisse nicht dauerhaft ändern, nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sind Veränderungen im Interesse der Bürger möglich.

Die DKP informiert Sie daher vor Ort über alles Wichtige, was im Rat der Stadt und in den Ausschüssen vor sich geht und die DKP-Fraktion steht an Ihrer Seite, wenn Sie sich für Ihre eigenen Interessen aktiv einsetzen – denn nur so ist im Stadtparlament etwas zu erreichen, dann ist auch die kleine DKP-Fraktion stark.

So haben Mitglieder der DKP im Jahre 2012 zuerst angefangen, Unterschriften zum Erhalt des Stenkhoffbades im Eigen zu sammeln, es gründete sich eine Bürgerinitiative und schließlich begann die Sammlung von Unterschriften unter ein Bürgerbegehren, der folgende Bürgerentscheid war erfolgreich: Das Stenkhoffbad bleibt erhalten!

Die DKP setzt sich für mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung ein – gegen falsche Entscheidungen einer Mehrheit im Rat der Stadt ist Protest nur dann erfolgreich, wenn sich Bürger gemeinsam aktiv wehren. Nur wenn SIE sich bewegen, kann auch etwas bewegt werden, nur wenn SIE aktiv werden, ändert sich etwas!

Die Kommunisten in Bottrop haben manches erreicht – aber es gibt viel zu tun. Auch Sie können sich an der Arbeit der DKP beteiligen – durch Zuspruch, Spenden, Kritik und indem Sie Mitglied werden.



# Damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht – Demokratie ins Rathaus – DKP unbestechlich und konsequent!

Die DKP informiert die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig über Pläne der Verwaltung, die sonst über ihre Köpfe hinweg durchgesetzt würden.

Auch ohne Koalitionsvertrag gibt es in Bottrop seit Jahrzehnten eine große Koalition von SPD und CDU. Gemeinsam mit der Verwaltungsspitze werden alle wesentlichen Entscheidungen einvernehmlich getroffen. Im Rat der Stadt und in den Bezirksvertretungen werden diese Entscheidungen nur noch abgesehnet. Eine echte demokratische Auseinandersetzung sowie die Einbeziehung der Meinung der Bürgerinnen und Bürger finden nicht statt.

Immer mehr Entscheidungen werden gegen den Protest der DKP unter Ausschluss der Öffentlichkeit in nichtöffentlicher Sitzung getroffen. Damit die Bürger nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, hat die DKP-Fraktion in der Vergangenheit mehrfach Vorgänge aus solchen „Geheimzirkeln“ öffentlich gemacht, sehr zum Ärger von SPD, CDU und Verwaltungsspitze!

Die DKP nimmt kein Blatt vor den Mund und legt den Finger in offene Wunden. Missstände werden offengelegt. Die DKP macht keine Stellvertreterpolitik, sondern sorgt dafür, dass Bürger informiert und selbst für ihre Interessen aktiv werden können. Beispiele dafür sind die Bürgerproteste für die Errichtung der Brücke Lütkestraße, gegen das Windrad auf der Halde Prosperstraße und gegen die Vernichtung von Mietergärten durch Innenflächenbebauung in Batenbrock und im Eigen.

Gegen die geplante Schließung des Stenkhoffbades hatte DKP-Ratsherr Michael Gerber zum Widerstand und zur Gründung einer Bürgerinitiative aufgerufen. Mit einer Unterschriftensammlung und dem folgenden ersten Bürgerentscheid in unserer Stadt konnte die Schließung des Freibades verhindert werden. Damit haben sich die Bürger erfolgreich gegen eine Entscheidung des Rates zur Wehr gesetzt! Das Beispiel zeigt: Widerstand ist möglich!





Gegen das Millionengrab Flugplatz Schwarze Heide wird am 29. Juni ein weiterer Bürgerentscheid stattfinden. Zu dem Bürgerbegehren hatte DKP-Ratscherr Michael Gerber die Initiative ergriffen. Die DKP unterstützt und ermuntert Bürger, sich gegen unsosiale Entscheidungen des Rates zur Wehr zu setzen! Mit der Tätigkeit der DKP vor Ort und den Informationen durch die „Notizen aus Bottrop und Kirchhellens“ sorgt die DKP für Transparenz und Öffentlichkeit.

#### **Die DKP fordert:**

- aktives und passives Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Herkunft,
- alle Beratungen des Rates der Stadt, der Fachausschüsse sowie der Bezirksvertretungen sind grundsätzlich öffentlich durchzuführen;
- die direkte Demokratie in Form der Bürgerentscheide ist zu vereinfachen und auszuweiten, auch auf Entscheidungen über den Haushalt der Stadt sowie das Planungsrecht;
- der DGB und seine Einzelgewerkschaften sowie Vertretungen sozialer, kultureller, gesundheitspolitischer und sportlicher Einrichtungen wie Sportvereine, Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen müssen Mitbestimmungsrechte haben, wenn es um ihre Belange geht;
- Bürgerinnen und Bürger erhalten in Fachausschüssen sowie in den Bezirksvertretungen Rederecht;
- die Kompetenzen und die Finanzausstattung der Bezirksvertretungen sind zu erweitern;
- die Gemeinden sind finanziell so auszustatten, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können, Bund und Land dürfen Aufgaben an die Städte nur übertragen, wenn dafür auch die Kosten übernommen werden, wie z.B. für Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Flüchtlinge;
- die Gemeinden sind von den Zahlungen für den „Fonds Deutsche Einheit“ zu befreien und
- Schulden und Zinszahlungen der Stadt gegenüber den Banken sind ersatzlos zu streichen.

# Gegen Sparorgien – für eine soziale Politik!

Gegen den Protest der DKP hat der Rat der Stadt mit den Stimmen von SPD, CDU, ÖDP und FDP dem Spardiktat „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zugestimmt. In den nächsten Jahren sollen auf Kosten der Bürger für 100 Millionen Euro städtische Leistungen gestrichen und Gebühren erhöht werden. Im Ergebnis wird Bottrop nicht mehr lebenswert und liebenswert sein. Nur Reiche können sich eine arme Stadt leisten!

Besonders betroffen von diesen Maßnahmen sind arme Menschen und Kinder, die unter diesen Verhältnissen aufwachsen müssen. Damit wird der Weg in die Arbeitslosigkeit und den Hartz-IV-Bezug bereits vorgezeichnet. Es ist ein Skandal, dass in Hochglanzbroschüren von den angeblichen Erfolgen bei InnovationCity geschwärmt wird und gleichzeitig immer größere Teile der Stadtgesellschaft, Jugendliche, Arme und Behinderte, ausgegrenzt werden.

Für Prestigeobjekte wie dem Flugplatz Schwarze Heide wurden in den letzten Jahren über 10 Millionen Euro im Sand der Kirchhellener Heide versenkt! Die Grundsteuer B soll von 590 auf 680 Prozent drastisch steigen und damit auch die Mieten! Durch Zinsspekulationen mit dem Schweizer Franken hat die Stadt 7,5 Millionen Euro verloren.

**Statt mit dem Geld der Bürger zu zocken und für wenige Reiche einen Flugplatz auszubauen, fordert die DKP:**

- Rücknahme der Kürzungen und Gebührenerhöhungen durch das Spardiktat
- die Wartezeiten im Bürgerbüro sind unzumutbar und müssen durch zusätzliches Personal reduziert werden;
- Rücknahme der Fremdvergabe und damit Privatisierung von Reinigungsarbeiten in den städtischen Gebäuden und Schulen;
- mit besonderen Beratungs- und Förderprogrammen auf örtlicher Ebene muss ein Beitrag zur Gleichberechtigung von Mann und Frau geleistet wer-

**Sozialpass  
statt  
Millionen  
für  
Flugplatz!**

**DKP**  
Deutscher Kommunistischer Partei

**wählen**



den, denn die Armut in Bottrop ist weiblich, alleinerziehende Frauen sind besonders von der kapitalistischen Krise betroffen;

- keine Erhöhung der Grundsteuer B und
- Rücknahme der Nutzungsgebühren von Sportvereinen für die städtische Sportanlagen und Hallen.

## Soziale Stadt ist möglich

Die Spaltung der Stadtgesellschaft in Arm und Reich wird immer tiefer. Es ist eine Schande, dass in einer Stadt, die sich „InnovationCity“ nennt, immer mehr Menschen auf die Suppenküche Kolüsch und die Bottroper Tafel angewiesen sind. Inzwischen wachsen 30 Prozent der Kinder in Bottrop in Armut auf. Die Hartz-IV-Gesetze, Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs sind eine Rutschbahn in die Armut, aus der es kaum ein Entrinnen gibt. Statt dieser Entwicklung entschlossen

und aktiv entgegen zu wirken, wird sie durch den Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bei der Stadtverwaltung noch verschärft. Mit der Streichung des Bottrop-Passes wird vielen Menschen die Möglichkeit einer kulturellen und sozialen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unserer Stadt genommen.

Um allen Einwohnerinnen und Einwohnern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer finanziellen Situation, braucht Bottrop ein Programm gegen die Armut!

### Die DKP fordert:

- Abschaffung der Hartz-IV -Gesetze, bis dahin keine Sanktionen für Hartz-IV-Bezieher durch das Bottroper Job-Center;
- Wiedereinführung des Bottrop-Passes zur kostenlosen Nutzung städtischer Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen für Bürger mit geringem Einkommen;



- Sozialtarife für Strom und Gas für Bürger mit geringem Einkommen. Verbot von Stromsperrern;
- kostenfreies Konto bei der Stadtparkasse für Menschen mit geringem Einkommen;
- Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe von 100.- Euro (für Kinder 60 Euro) für Bezieher von Transferleistungen;
- Schaffung einer unabhängigen Arbeitslosen- und Sozialberatung, Bezieher von Arbeitslosengeld und Hartz-IV dürfen nicht allein auf Informationen durch das Job-Center angewiesen sein;
- Einstellung eines Streetworkers beim Gesundheitsamt für die Arbeit mit Erwachsenen mit Alkohol- und Drogenproblemen;
- Verzicht auf 1,50-€-Jobs bei der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben, Schaffung von 50 neuen Dauerarbeitsplätzen im Grünflächenamt, bei anderen Ämtern und der BEST;
- Ausbildung über Bedarf bei der Stadtverwaltung durch Einrichtung weiterer 50 Ausbildungsstellen und
- keine Kürzung der städtischen Mittel für die Suppenküche Kolüsch.



# Menschen brauchen Arbeit!

In Bottrop sind 5.300 Menschen offiziell arbeitslos gemeldet, davon sind 3.900 Menschen langzeitarbeitslos und beziehen Hartz-IV. Die wirkliche Anzahl der Arbeitslosen ist doppelt so groß. In der letzten Zeit wurden hunderte Arbeitsplätze bei Mengede, Nadler, Huber Packaging und Seepex vernichtet. Mit der Schließung von Prosper Haniel im Jahre 2018, als letzter Zeche im Ruhrgebiet, verlieren über 4.000 Bergleute ihren Arbeitsplatz. Weitere Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie sind bedroht. Selbst bei der Stadtverwaltung wurden 60 Vollzeitstellen gestrichen. Immer mehr Beschäftigte werden aus dem Normalarbeitsverhältnis in Zeitverträge und Niedriglöhne gezwungen. Sie können von ihrer Entlohnung nicht leben und müssen ergänzend Hartz -IV beantragen. Den Profit haben die Unternehmen, die billige Arbeitskräfte beschäftigen. Besonders für junge Menschen wird der Berufsbeginn in Bottrop sehr schwer. Nur 36 Prozent der jungen Menschen beginnen nach der 10. Klasse eine Ausbildung. Im NRW-Durchschnitt sind es 45 Prozent. Wenn die Ausbildungswerkstatt bei Prosper Haniel schließt, wird der Mangel an Ausbildungsplätzen in Bottrop noch dramatischer.

Im Job Center werden Arbeitslose nur verwaltet und nicht weiterqualifiziert. Die Mittel der Arbeitsagentur für Qualifizierungsmaßnahmen wurden drastisch zusammengestrichen. Gelder zur Bankenrettung werden dagegen in unbegrenzter Höhe bereit gestellt.

## **Die DKP fordert:**

- Keine Steuergeschenke und Subventionen für große Unternehmen.
- Die nicht mehr benötigten Flächen des Bergbaus müssen auf Kosten der RAG rasch saniert und für die Ansiedlung neuer Handwerks- und Industriebetriebe bereit gestellt werden. Dafür sind die Planungen für die Gewerbegebiete auf der grünen Wiese wie dem Kraneburger Feld und der Schwarze Heide einzustellen.
- Bei der Stadtverwaltung dürfen keine Stellen abgebaut und Auszubildende müssen wieder über Bedarf ausgebildet werden. Die Reinigungskräfte für städtische Gebäude dürfen nicht länger über externe Firmen zu Dumpinglöhnen beschäftigt, sondern wieder zu Tariflöhnen bei der Stadt angestellt werden.
- Keine Beschäftigung von 1,50-Euro-Jobs bei der Stadt, stattdessen müssen 50 neue Dauerarbeitsplätze bei der Stadt geschaffen werden.





- Keine Bevorzugung durch Verwaltung und Politik für Betriebe wie Brabus und Seepex, die sich gegen die Bildung von Betriebsräten sperren.
- Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen, die Tariflöhne zahlen und eine Ausbildungsquote von 10 Prozent erfüllen. Das Tariftreugesetz muss von der Stadt konsequent angewendet und kontrolliert werden.
- Betriebe, die die Schwerbehindertenquote erfüllen, sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu bevorzugen.
- Unternehmen wie das Alpincenter dürfen sich nicht über die Interessen von Anwohnern hinwegsetzen: Kein Windrad auf der Halde Prosperstraße. Die Standsicherheit des Alpincenters muss regelmäßig überprüft werden.

# Wohnungen müssen bezahlbar bleiben!

Mieten und Mietnebenkosten werden zu einer immer größeren Belastung für die Bewohner. Besonders für Menschen mit geringem Einkommen gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen in unserer Stadt. Einseitig wurden in den letzten Jahren durch die Stadt Neubaugebiete nur für Reihen- und Einfamilienhäuser ausgewiesen. Der Wohnungsmarkt in Bottrop wird beherrscht von den Wohnungskonzernen Deutsche Annington, Vivawest und der städtischen Baugesellschaft GBB.

Im Rahmen von „InnovationCity“ werden besonders in Batenbrock durch den Wohnungskonzern Vivawest Mietwohnungen energetisch saniert. Die folgenden Mietsteigerungen sind weitaus höher, als die in Aussicht gestellten Einsparungen bei den Energiekosten. Den Profit streicht sich der Wohnungskonzern ein.

In den Zechensiedlungen wird von der Deutschen Annington und Vivawest massiv versucht, den Wohnungsbestand zu privatisieren. Notwendige Reparaturen und Instandsetzungen werden seit Jahren vernachlässigt, um die Profite zu steigern. Gegen den Widerstand von Anwohnern wird von den Wohnungskonzernen versucht, die großen Mietergärten und Naturflächen in den Zechensiedlungen zu bebauen. Die Interessen der Wohnungskonzerne bestimmen die Aufstellung von Bebauungsplänen im Rat der Stadt.



## Die DKP steht an der Seite der Mieter und fordert:

- Schaffung von preiswertem Wohnraum durch den vorrangigen Bau von Sozialwohnungen durch die städtische Baugesellschaft GBB und Festschreibung einer Quote für den sozialen Wohnungsbau von mindestens 20 Prozent der Neubauvorhaben;
- keine Nachverdichtung in den Zechensiedlungen, die Grünflächen sind ökologisch wertvoll und von großem Erholungs- und Freizeitwert für die Anwohner, besonders für Kinder;
- Modernisierungen mit dem Ziel der Energieeinsparung dürfen nicht auf die Miete umgelegt, sondern müssen Pflicht werden;

- Einführung einer Zweckentfremdungssatzung und Zwangsvergabe von Wohnraum, der mehr als drei Monate leer steht, der Missbrauch von Wohnraum durch Leerstand darf nicht zu einer Verknappung führen;
- Mietsteigerungen, auch bei Neuvermietungen, dürfen nicht höher ausfallen, als die Steigerung des Lebenshaltungsindex;
- Anhebung des Wohngeldes um mindestens 20 Prozent und
- Schaffung einer wohnortnahen Versorgung durch Einzelhandelsangebote; diese können durch soziale Projekte ähnlich dem CAP-Markt in Grafenwald gefördert werden.
- Keine weitere Ausweisung von Bauland in Kirchhellen und Feldhausen.

## Eine Ökologiepolitik für den Menschen

Was sich als Prognosen Ende des letzten Jahrtausends abzeichnete, ist heute Gewissheit: Der Klimawandel! Starkregen, Hitzerekorde, lang anhaltende trockene Perioden, Stürme mit zerstörerischem Potential häufen sich. Auch in Bottrop sind diese Veränderungen spürbar. Dennoch beschließt die derzeitige Bundesregierung, fossilen Energieträgern den Vorrang vor Alternativen Energien einzuräumen und die Landesregierung NRW schließt sich mit dem Vorhaben, Datteln IV ans Netz zu bringen, an und ist bestrebt, den Ausbau der B224 zur A52 gegen den Willen der Bürger voranzutreiben.

Von den meisten der Bottroper Kommunalpolitiker kommt kein nennenswerter Protest, sondern überwiegend Zustimmung, so zum Beispiel bei der Abholzung der Bäume an der Osterfelder Straße oder bei vielen Innenflächenbebauungen. Der „Masterplan InnovationCity“ könnte sich als Papiertiger entpuppen, denn statt verbindliche Vorgaben zu bieten, stellt er lediglich ein Sammelwerk von Empfehlungen dar.

In der Vergangenheit hat die Mehrheit im Stadtrat darauf verzichtet, den Ein-



fluss des RWE-Konzerns auf die Energieversorgung zu beenden. Statt die Konzessionsverträge mit ELE zu verlängern wäre die Gründung eines Stadtwerkes mit Gestaltungsmöglichkeiten für die notwendige Energiewende in kommunaler Regie möglich gewesen. Nicht alles, was unter dem Namen „InnovationCity“ geführt wird, schafft auch neue Lebensqualität für Menschen in Bottrop, das geplante Windrad auf der Halde am Alpincenter ist ein Beispiel, wo wirtschaftliche Interessen der Betreiber im Vordergrund stehen.

So richtig die Erkenntnisse und Folgerungen aus den Studien von „Innovation-City“ und anderer sind, umso dringlicher ist das Erkennen der Hauptursache. Der Profitzwang des kapitalistischen Systems verhindert eine Lösung!

**Trotzdem sind auf kommunaler Ebene Veränderungen machbar. Die DKP fordert daher:**

- flächendeckende Straßenbegrünung zur Schattierung der Innenstadt, um ein Aufheizen zu mildern;
- Erhalt der innerstädtischen Grünflächen als Frischluftschneisen;
- Erhalt des Kraneburger Feldes in der Boy;
- kein Hotelbau von Brabus in der Frischluftschneise;
- Aufforstung von Teilen der industriellen Brachflächen der DSK durch die DSK und
- größere Grünbereiche bei Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe.

**Da im Ruhrgebiet der überwiegende Teil der Bevölkerung – so auch in Bottrop – in Mietwohnungen lebt, fordert die DKP:**

- Quotierung der Neubaufächen für den sozialen Wohnungsbau mit hohen ökologischen Standards und bezahlbaren Mieten und
- verpflichtende großzügige Begrünung bei Neubauten im sozialen Wohnungsbau.

**Ökologiepolitik muss gleichzeitig Sozialpolitik sein, die DKP fordert daher:**

- Kein Ausbau der B224 zur Autobahn – wir benötigen einen leistungsfähigen ÖPNV und mehr Möglichkeiten für die Fahrradfahrten;
- kein Fracking – weder in unserer Stadt noch anderswo und
- weitere Forschung für konkrete Schutzmaßnahmen für Mensch und Umwelt, denn das Ende des Bergbaus in Bottrop könnte auch Chancen bieten.

# Für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und ökologische Verkehrspolitik

Jeden Morgen, jeden Abend das gleiche Bild. Bottrop versinkt zu den Hauptverkehrszeiten im Verkehrschaos, verstopfte Straßen, überfüllte Züge und Busse. Die Busse haben deswegen meist Verspätung. Der Verkehrskollaps ist kein Zukunftsszenario, sondern längst Realität in unserer Stadt.

Die Politik in Bottrop macht jedoch weiter wie bisher. Statt innovativer Verkehrskonzepte wird weiter auf den Ausbau der B224 zur Autobahn A52 gesetzt. Autobahnbau war das Verkehrskonzept der siebziger Jahre und wird nur dazu führen, dass noch mehr Verkehr durch Bottrop rollt.

Statt den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auszubauen, wird immer noch der Individualverkehr bevorzugt. Im Rahmen von InnovationCity wird über Elektromobilität nachgedacht ohne zu sagen, wer das bezahlen soll. Elektroautos werden ebenso weiterhin im Stau stehen.

**Die DKP setzt sich für alternative Verkehrskonzepte und für eine Verbesserung des ÖPNV ein, das heißt konkret:**

- kein Ausbau der B224 zur A52;
- kein Ausbau des Autobahndreiecks A2 / A31 Bottrop;
- Verbesserung der Anbindung des Hauptbahnhofs an den ZOB und die neue Fachhochschule;
- zweispuriger Ausbau der S9-Linie zwischen Bottrop und Essen-Dellwig;
- 10-Minuten-Takt der S9 nach Essen;
- 20-Minuten-Takt der Regionalbahn nach Oberhausen;
- Aufbau eines Straßenbahnnetzes in Bottrop zur Verbindung mit Straßenbahnnetzen in den Nachbarstädten und
- kostenfreies Parken für Pendler im Parkhaus am Hauptbahnhof.

Die DKP setzt sich dafür ein, dass der LKW-Verkehr aus der Stadt herausgehalten wird. Dazu sind in der Nähe der Autobahnauffahrten Verteilzentren einzurichten, von denen aus Güter mit Kleintransportern



bzw. unterirdisch zu den Einkaufszentren transportiert werden. Damit werden die jetzt schon überlasteten und maroden Straßen und Brücken geschont.

Die DKP fordert für den motorisierten Individualverkehr 30-km/h-Zonen in allen Wohngebieten und eine autofreie Innenstadt. Seit 2013 ist die Stadt Bottrop Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte“. Bei den bisherigen Anstrengungen der Stadt darf es nicht bleiben. Weitere Fahrradwege müssen ausgebaut werden. Die gesamte Fußgängerzone muss für den Radverkehr freigegeben werden. Wir fordern darüber hinaus den Bau eines Radschnellweges zwischen Gladbeck und Essen.

Damit Wohnstraßen nicht für den Durchgangsverkehr missbraucht werden sollen bauliche Maßnahmen z. B. in der Brinkstraße und Sackgassen geschaffen werden. Dies erhöht die Sicherheit besonders für Kinder und ältere Menschen.

## Für eine Berufs- und Lebensperspektive der jungen Generation

Die Zukunft der Kinder und Jugendlichen ist ein beliebtes Thema in Sonntagsreden. Aber wenn es um die Verwirklichung der schönen Worte geht, fällt den meisten Politikern nur Sparen ein. Man dürfe nicht zu Lasten der jungen Generation Schulden machen. Eine Jugendhilfeplanung, die diesen Namen verdient, gibt es schon seit Jahren nicht. Politik unter Einbeziehung der Jugend findet schlicht nicht statt.

Die DKP kämpft für bessere und gleiche Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen in Bottrop. Teure Markenkleidung und das modernste Handy verschleiern die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen.

In den ersten Lebensjahren lernen Kinder am meisten. Aber es fehlen nach wie vor Betreuungsplätze gerade für Kinder unter drei Jahren. Die personelle Ausstattung der Kindergärten und Kindertagesstätten muss verbessert, die Elternbeiträge müssen gesenkt werden. Mit dem Betreuungsgeld, auch „Herdprämie“ genannt, wird ein falsches Signal gesetzt.

Die körperliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen muss gefördert werden. Durch die Sparmaßnahmen bei den Bädern ist das Schulschwimmen stark eingeschränkt. Bolzplätze und Spielplätze müssen attraktiver gestaltet und dürfen nicht weiter bebaut werden.

Um der Ausgrenzung von Jugendlichen entgegenzuwirken, brauchen wir mehr Streetworker und mehr Schulsozialarbeiter, nicht weniger. Die Betreuung von Schulverweigerern ist zu verbessern und auszuweiten, da von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen ist.

Jugendliche brauchen öffentliche Treffpunkte wie die Skateranlage im Ehrenpark und offene Häuser wie das Jugendkombihaus. In Kirchhellen muss der Spargelhof Beckmann endlich zu einem Jugendtreff ausgebaut werden. Dabei muss das Prinzip der Selbstverwaltung gefördert werden.

Der Kinderferienzirkus, die Stadtranderholung und das Spielmobil sind wichtige Errungenschaften der Kinderarbeit in Bottrop, die qualifiziert und ausgebaut werden müssen und nicht weiteren Sparmaßnahmen zum Opfer fallen dürfen.

Die Spielmöglichkeiten auf den Schulhöfen der Grundschulen müssen nach Schulschluss für Kinder geöffnet bleiben.

## Sport und Freizeit darf kein Luxus sein!

Bottrop bezeichnet sich selbst als eine Sportstadt. 25.000 Bottroper, darunter 8.500 Jugendliche, sind in 125 Vereinen organisiert. Im Rahmen des Spardiktats „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ müssen die Vereine jedoch für die Benutzung städtischer Sportanlagen und Turnhallen immer mehr bezahlen. Selbst für Jugendliche müssen die Vereine Gebühren an die Stadt entrichten. Viele Vereine geraten dadurch in finanzielle Schwierigkeiten und sehen sich gezwungen, ihre Mitgliedsbeiträge zu erhöhen. Durch die Schließung von drei Lehrschwimmbecken in den Schulen werden die Hallenbäder verstärkt für das Schulschwimmen in Anspruch genommen. Die Öffnungszeiten in den Hallenbädern für die Bürger, wie z. B. in Welheim, wurden stark reduziert. Gleichzeitig wurden die Eintrittspreise für die Hallenbäder und das Stenkhoffbad weiter erhöht.

### Die DKP fordert:

- Das Stenkhoffbad als einziges Freibad in Bottrop muss nach dem



Bürgerentscheid langfristig als beliebtes Familienbad erhalten bleiben.

- Die Eintrittspreise in den Hallenbädern und dem Stenkhoffbad sind zu senken (Erwachsene: 2 Euro, Kinder und Jugendliche: 1 Euro, Kinder unter 8 Jahren frei).
- Die Benutzung von städtischen Sportanlagen und Hallen für Sportvereine sollen grundsätzlich kostenlos sein.
- Alle Fußballplätze sollen von Ascheplätzen auf Kunstrasen umgewandelt werden.
- In den Stadtteilen müssen die Bolzplätze für Kinder und Jugendliche erhalten bleiben.

## Für ein einheitliches Bildungssystem

Der Schulerfolg und damit die Zukunftsperspektiven der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt sind immer noch abhängig von der sozialen Herkunft. Mehr als zehn Jahre nach der ersten PISA-Studie hat sich daran nichts Wesentliches geändert. Die Bildungspolitik setzt immer noch auf das gegliederte Schulsystem und somit weiterhin auf Elitebildung und Auslese. Das löst keine Probleme in unserem Bildungssystem. Im Gegenteil: Die Probleme werden damit noch verschärft.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule:

- Wir brauchen in Bottrop mehr Plätze und mehr Geld für die U3-Betreuung.
- Wir benötigen eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Kindergärten.
- Die Sprachförderung in den Kindergärten muss intensiviert werden.

Wir fordern für Bottrop ein Bildungssystem, in dem die Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind.

Ziele in Bottrop müssen sein:

- Halbierung der Zahl der Schulabbrecher von zurzeit 7,35 auf höchstens 3,5 Prozent im Jahr 2017;



- Senkung der Quote der ausländischen Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss von 21,4 unter den Landesdurchschnitt von 13 Prozent;

vprozentuale Steigerung der Anzahl von Schülerinnen und Schüler mit höheren Bildungsabschlüssen; die Abiturientenquote lag 2009 nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bottrop bei 30,6 Prozent, Ziel sollte es sein, in den nächsten Jahren diese Quote auf 40% zu erhöhen;

- Rückführung von Schulverweigerern in das Schulsystem;
- erringerung der Quote der Auspendler und
- Aufbau eines inklusiven Schulsystems unter Einbeziehung aller Bottroper Schulen.

Diese Ziele sind nur durch die Schaffung einer Schule für alle, in der die Kinder bis zum 10. Schuljahr gemeinsam lernen, zu erreichen.

Daher fordert die DKP für Bottrop:

- mehr Gesamtschulen statt Errichtung von Sekundarschulen,
- mehr Sozialarbeiter an den Schulen,
- Umwandlung aller Grundschulen in gebundene Ganztagschulen, damit auch die Elternbeiträge für die Offene Ganztagschule (OGS) entfallen können;
- kostenloses Mittagessen für alle Schüler,
- Lernmittelfreiheit, die den Namen auch verdient,
- individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler nach ihren Talenten und Begabungen und
- Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (Inklusion) an allen Bottroper Schulen. Dazu sind kleinere Klassen notwendig, in denen mindestens zwei Lehrer die Kinder unterrichten. Außerdem müssen die Schulen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden.



# Für eine demokratische Kulturpolitik – für die stärkere Förderung der Kultur von unten

Eine mittel- und langfristig geplante Kulturpolitik für alle Bürger ist in Bottrop schlichtweg nicht vorhanden: Kein Kino, kein Theater, das Heimatmuseum und die Büchereizweigstellen in der Boy und im Eigen sind geschlossen. Geld wird fast ausschließlich für das Quadrat ausgegeben, vor allem für die Anschaffung von Gemälden. Man verlässt sich auf selbsternannte „Experten“, die übriggebliebene „Restkultur“ wird nur noch verwaltet. Die im Volksmund sogenannte „Latte“ war dafür ein vieldiskutiertes Beispiel. Für Kunst und Kultur von unten ist kein Geld vorhanden.

Der Bottrop-Pass für den kostenfreien Eintritt in kulturellen Einrichtungen wurde ersatzlos gestrichen, Gebühren für Musikschule, Kulturwerkstatt und Bibliothek erhöht. Wem bereits in jungen Jahren der Zugang zu der reichen Vielfalt von Kultur und Musik erschwert wird, kann seine Talente nicht entdecken und entwickeln.

Die DKP fordert seit Jahrzehnten den Bau eines Bottroper Theaters. Das Kommunale Kino wird dem Bedarf nicht gerecht. Als positiv erachtet die DKP die Angebote der Volkshochschule.

Bottrop hat die schlechteste Bewertung seiner Stadtbücherei bundesweit. Die DKP hat in den vergangenen Jahren den Protest gegen die Schließung von Zweigstellen in Stadtteilen organisiert.

Die DKP fordert daher:

- Schaffung von Büchereizweigstellen in den Stadtteilen mit einem besonderen Angebot vor Ort für Kindergärten, Schulen und Senioreneinrichtungen und
- Bereitstellung eines Büchereibusses.
- Das Museum für Ur- und Ortsgeschichte muss bis 2015 endlich wieder eine Ausstellung erhalten, die diesen Namen auch verdient, damit vor allem Bottrops Schüler und Neubürger die Geschichte ihrer Stadt besser verstehen können. Dazu muss das Museum mit pädagogischen Kräften ausgestattet sein, welche in der Lage sind, altersgerechte Erläuterungen zur Stadtgeschichte im Museum und Schulen und anderen Einrichtungen zu geben.
- Die DKP setzt sich für eine Kulturkonferenz ein, auf der erste Überlegungen

für eine langfristige städtische Kulturpolitik angestellt werden – unter Einbeziehung der Kultur von unten, aus dem Laien-, Schul- und Jugendbereich.

- Die DKP fordert die Einrichtung von weiteren Stellen in der Musikschule um die lange Warteliste zu verkürzen. Der Geschwisterrabatt muss wieder eingeführt werden.
- Das Stadtarchiv braucht zusätzliche finanzielle Mittel, bevor dort aufbewahrte Dokumente zerfallen und zusätzliches Personal, das weiter an begonnenen Projekten – zum Beispiel zum Widerstand in Bottrop – arbeitet.
- Für die freie Kulturarbeit müssen wieder finanzielle Mittel bereit gestellt werden.



# Die Mannschaft der DKP zur Kommunalwahl 2014

Zu den Kommunalwahlen am 25. Mai tritt die DKP in allen Wahlkreisen und in allen drei Bezirksvertretungen an. Bisher waren die Bottroper Kommunisten im Rat mit Irmgard Bobrzik, Michael Gerber und Ulrich Kunold vertreten, in der Bezirksvertretung Süd mit Günter Ziemmek und in der Bezirksvertretung Mitte mit Manfred Plümpe.



**Irmgard Bobrzik**, langjähriges Mitglied im Rat der Stadt, u.a. Mitglied im Sozialausschuss



**Michael Gerber**, Kandidat der DKP als Oberbürgermeister, Vorsitzender des Schulausschusses



**Günter Ziemmek**, Vertreter der DKP in der Bezirksvertretung Süd



**Ulrich Kunold**, Vertreter der DKP im Rat der Stadt, Mitglied u.a. im Schulausschuss



**Jörg Wingold**, Kreisvorsitzender der DKP Bottrop



**Birgit Lüttke-Jordan**, neu in der Spitzenmannschaft der DKP, Sachverständin in Mieterfragen



**Gertrud Schulz**, hat die Zustände bei der AFB am eigenen Leib erfahren



**Manfred Plümpe**, Vertreter der DKP in der Bezirksvertretung Mitte



**Herbert Dibowski**, Vertreter der DKP im Kulturausschuss



**Norbert Niesen**, neu in der Spitzenmannschaft der DKP



**Stephan Nowaczek**, Vermessungsingenieur, Kandidat Bezirk Kirchhellen